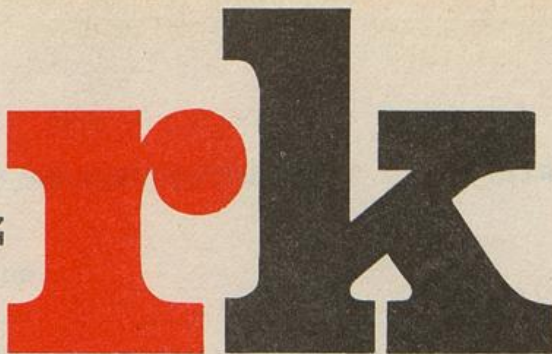


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Donnerstag, 10. Jänner 1985

Blatt 63

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Politik: Diskussion um Kraftwerksfilter  
(rosa) ÖVP fordert maximale Filteranlagen für Dürnrohr und  
Wien

Kommunal: Betreuung arbeitsloser Jugendlicher  
(rosa) Wiens Wohnbauprogramm 1985 bis 1987  
Wiens Heizkostenzuschüsse für Sozialhilfeempfänger  
Braun: keine Auswirkungen der Staustufe Wien auf  
Brunnenwasser im 21. und 22. Bezirk  
Wien sorgt für die Sicherheit der Fußgänger  
Festakt: Fünf Jahre Psychosoziale Dienste

Nur  
über FS: 9.1. Sattelschlepper blockierte Strecke des "64 A"

## Betreuung arbeitsloser Jugendlicher

=++++

1 #Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Ein Arbeitslosenbetreuungszentrum für Jugendliche gibt es seit Donnerstag im Jugendzentrum Hietzing, Eduard-Klein-Gasse 2, Montag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr.#

Das Betreuungszentrum, das mit Hilfe von arbeitslosen Jugendlichen adaptiert wurde, hat es sich zum Ziel gesetzt, arbeitslosen Jugendlichen bei der Job-Suche durch Betreuung, kleine bürotechnische Hilfen, Kurse und manchmal auch durch Begleitung zu einem Vorstellungsgespräch zu helfen. Das Zentrum vermittelt keine Jobs, versucht aber durch Training und Gespräche oder auch durch "Arbeit erfinden" jungen Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. (Schluß) je/ap

NNNN

Wiens Wohnbauprogramm 1985 bis 1987 (1)

Utl.: Schwerpunkte Stadterneuerung, Siedlungsbau,  
vollwertiges Wohnen

=++++

2 #Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Die Stadterneuerung, Projekte des "Verdichteten Flachbaus" sowie die Verwirklichung der Modellprojekte "Vollwertiges Wohnen" stehen im Mittelpunkt der Fortsetzung des Wohnbauprogrammes der Stadt Wien in den Jahren 1985 bis 1987, das Mittwoch nachmittag auf Antrag von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN vom Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung beschlossen wurde. #

Mit dem Gemeinderatsbeschluß wird der Magistrat ermächtigt, die notwendigen Vorarbeiten einzuleiten. Für die Baudurchführung ist dann für jedes einzelne Projekt noch ein separater Beschluß notwendig.

Der überwiegende Teil der Wohnbauprojekte im Wohnbauprogramm 1985 bis 1987 sind Baumaßnahmen im gewachsenen Stadtgebiet und damit Beiträge zur Stadterneuerung. Im 10. und im 22. Bezirk sollen außerdem Siedlungsbauten errichtet werden. Ein weiterer Bestandteil des Wohnbauprogramms sind die Projekte im Rahmen des Modellversuchs "Vollwertiges Wohnen" im 2., 12., 19., 20. und 21. Bezirk. (Forts.)  
ger/gg

NNNN

## Wiens Wohnbauprogramm 1985 bis 1987 (2)

=++++

3 Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Die Projekte des Wohnbauprogramms 1985 bis 1987 im einzelnen:

- 2, Meiereistraße 12 - Handelskai (Vollwertiges Wohnen)
- 2, Schmelzgasse 5
- 5, Amtshausgasse 2 - Margaretenstraße 140
- 5, Gassergasse 19 - Laurenzgasse 1
- 5, Mittersteig 26 - Ziegelhofengasse 23
- 10, Oberlaaer-Straße 200-202 - Bahnlande 53-67 (Verdichteter Flachbau)
- 11, Lorystraße 46-48 - Grillgasse - Ehamgasse
- 12, Rollinggasse 20 - Tanbruckgasse (Vollwertiges Wohnen)
- 12, Ruckergasse 57 (Vollwertiges Wohnen)
- 15, Goldschlagstraße 108
- 15, Sturzgasse 31-33
- 16, Arltgasse 38-40
- 16, Ottakringer Straße 187
- 16, Thaliastraße 164 - Maroltingergasse - Ottakringer Straße
- 19, Weinberggasse 57-77 - Görgengasse - Hutweidengasse (Vollwertiges Wohnen)
- 20, Gerhardusgasse 7 - Treustraße 58-60
- 20, Hartlgasse 28-30 - Dammstraße 27-31 (Vollwertiges Wohnen)
- 20, Hartlgasse 40
- 20, Pappenheimgasse 16 - Romanogasse
- 21, Pilzgasse 14 - Böhmigasse - Leopoldauer Straße 15
- 21, Westlich Brünner Straße; Großjedlersdorf (Vollwertiges Wohnen)
- 22, östlich Kapellenweg - südl. Langobardenstraße (Verdichteter Flachbau)
- 22, östlich Süßenbrunner Straße - Arnikaweg (Verdichteter Flachbau)
- 22, Tamariskengasse 76-104 - östl. Zschokkegasse (Verdichteter Flachbau)

(Schluß) ger/ap

NNNN

Wiens Heizkostenzuschüsse für Sozialhilfeempfänger

Utl.: Nicht niedriger als in Niederösterreich

=++++

4 #Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Da bei Veröffentlichungen der von den Bundesländern geleisteten Heizkostenzuschüsse für Sozialhilfeempfänger zum Teil falsche Beträge genannt wurden, gab Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag der "RATHAUSKORRESPONDENZ" eine Übersicht über die vom Land Wien geleisteten Zahlungen. Demnach erhalten die Empfänger einer Dauersozialhilfe im Rahmen des Sozialhilfegesetzes in den Monaten Oktober bis April einen Heizkostenzuschuß von 547 Schilling monatlich sowie im Februar eine Sonderzahlung von 200 Schilling und im November eine Sonderzahlung von 300 Schilling. Wegen der extremen Kälte hat Bürgermeister Dr. Helmut Zilk bekanntlich darüber hinaus eine Sonderzahlung von 500 Schilling - die Anfang Februar ausbezahlt wird - angeordnet. Somit erhalten in Wien Dauersozialhilfeempfänger in diesem Jahr insgesamt 4.829 Schilling an Heizbeihilfe. Damit liegt aber Wien nicht - wie behauptet wurde - unter den Leistungen Niederösterreichs, sondern um fast 400 Schilling darüber.#

Wie Stadtrat Stacher abschließend feststellte, zeigt dies, daß die Stadt Wien sich nicht nur bemüht, den Sozialhilfeempfängern bei der derzeit herrschenden großen Kälte zu helfen, sondern daß dies auch rasch und unbürokratisch geschieht. (Schluß) zi/ap

NNNN

Braun: keine Auswirkungen der Staustufe Wien auf Brunnenwasser  
im 21. und 22. Bezirk (1)

=++++

5 Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) "Selbstverständlich unternimmt die Stadt Wien alle Anstrengungen zum weiteren Ausbau der öffentlichen Wasserversorgung und des Kanalnetzes. Im Gegensatz zu der von FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ in einer Presseaussendung aufgestellten Behauptungen wirkt sich der Bau der Staustufe Wien allerdings auf das Brunnenwasser im 21. und 22. Bezirk überhaupt nicht aus." Das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu einer Aussendung des FPÖ-Pressedienstes. Die Brunnen sind daher nicht durch Grundwasserverseuchungen in Zusammenhang mit dem Kraftwerk in Wien gefährdet - wohl aber durch Verunreinigungen von Betrieben bzw. Altdeponien (TRI und PER, Bor, Ammonium als Beispiel). Aus diesem Grund wird die Vollversorgung durch öffentliche Wasserleitungen - 98 Prozent der Wiener Haushalte sind an das öffentliche Wasserleitungsnetz angeschlossen - vorangetrieben.

"Offensichtlich möchte sich nun aber auch die FPÖ an die Verunsicherungspolitik der Volkspartei anhängen", meinte Braun weiter. "Gemeinderat Pawkowicz hätte sich durchaus vorher erkundigen können und von mir entsprechende Informationen über die Auswirkungen der Staustufe Wien erhalten", sagte Braun. Ebenso sei er gerne bereit, Pawkowicz über alle Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Marchfeldprojekt und der dadurch gegebenen möglichen Verbesserung der Grundwasserverhältnisse zu informieren. (Forts.) hs/gg

NNNN

Braun: keine Auswirkungen der Staustufe Wien auf Brunnenwasser  
im 21. und 22. Bezirk (2)

Utl.: Nutzwasserleitung nicht für ganz Wien möglich

=++++

6 Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Zur Frage Nutzwasser für  
Industriebetriebe wies Braun auch darauf hin, daß eine  
Nutzwasserleitung für ganz Wien wegen der enormen Kosten - nicht zu  
reden von der Belästigung durch Aufgrabungen - kaum zu realisieren  
sei. Selbstverständlich werden, wie auch Bürgermeister Dr. Helmut  
ZILK in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, Überlegungen zur  
Nutzwasserversorgung angestellt. Man müsse sich jedoch darüber klar  
sein, daß eine entsprechende Leitung für ganz Wien schon allein  
aufgrund der Wirtschaftsstruktur mit den über das gesamte  
Stadtgebiet verstreuten Klein- und Mittelbetrieben nicht zu  
realisieren ist. Braun erläuterte auch, daß einerseits der nicht an  
Trinkwasserqualität gebundene Verbrauch der Industrie und des  
Gewerbes aus dem öffentlichen Rohrnetz insgesamt 15 Prozent des  
Wiener Wasserbedarfs, die bereits bestehende Eigenwasserversorgung  
von Industrie- und Gewerbebetrieben jedoch bereits ein Vielfaches  
dieses Wasserbezuges aus dem öffentlichen Netz beträgt.  
"Selbstverständlich müssen auch bei Industrie und Gewerbe weitere  
Maßnahmen zur Wassereinsparung getroffen werden", sagte Braun. Man  
dürfe jedoch nicht so tun, als würden alle Wiener Betriebe nur  
hochwertiges Hochquellwasser beziehen. (Schluß) hs/gg

NNNN

Wien sorgt für die Sicherheit der Fußgänger (1)

Utl.: Rautner zur AK-Studie "Umweltfreundlicher Stadtverkehr"

=++++

7 #Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Zu der Mittwoch von der Arbeiterkammer Wien präsentierten Studie "Umweltfreundlicher Stadtverkehr" stellte Bautenstadtrat Roman RAUTNER Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest, daß die dort vertretenen Gedanken weitestgehend den Absichten der Stadt Wien entsprechen, wie sie in der Verkehrskonzeption für Wien und im Stadtentwicklungsplan Wien festgelegt sind und kontinuierlich verwirklicht werden. Kurz gesagt heißt das:

- Vorrang für den öffentlichen Verkehr (U-Bahnbau, Ausbau des vorhandenen Netzes, Beschleunigungsprogramme),
- Ausbau leistungsfähiger Durchzugsstraßen, um einen möglichst flüssigen Verkehr zu ermöglichen, bei dem Lärm- und Abgasbelastungen geringer sind als im Verkehrsstau,
- Verkehrsberuhigung in Wohngebieten.

Oberstes Gebot ist dabei, so Rautner, die Sicherheit im Straßenverkehr, vor allem aber die Sicherheit der Fußgänger - als schwächste Gruppe der Verkehrsteilnehmer.#

Wie der Bautenstadtrat betonte, ist für die Fußgänger in Wien in den vergangenen Jahren schon sehr viel geschehen. Der Ausbau von Fußgängerzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen wird konsequent fortgesetzt. Seit der Eröffnung der Fußgängerzone Kärntner Straße vor 10 Jahren wurden 70 Oberflächengestaltungsprojekte mit einer Gesamtfläche von 450.000 Quadratmetern verwirklicht. Dabei wurden 20.000 Quadratmeter Grünflächen geschaffen und 700 Bäume gepflanzt. Derzeit sind 12 Projekte in Arbeit oder Vorbereitung, weitere 40 im Planungsstadium. (Forts.)  
sc/ko

NNNN



## Wien sorgt für die Sicherheit der Fußgänger (2)

=++++

8 Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Schon seit Jahren wird bei den verkehrsorganisatorischen Maßnahmen in der Bundeshauptstadt größter Wert auf die Sicherheit der Fußgänger gelegt. Allein 1984 wurden 19 Verkehrslichtsignalanlagen neu errichtet, die den Fußgängern ein gefahrloses Überqueren der Straßen ermöglichen. Die in der AK-Studie geforderte Fußgängerampel auf der Linken Wienzeile ist bereits in Betrieb. Eine andere Forderung der Studie, die Verlängerung der Fußgängerphasen bei Verkehrsampeln, wird ebenfalls bereits verwirklicht. Bis vor zwei Jahren wurde der Ampelschaltung die international übliche Gehgeschwindigkeit von 1,4 Metern pro Sekunde zugrundegelegt. Seither wird bei allen neuen Verkehrslichtsignalanlagen eine Gehgeschwindigkeit von nur 1,2 Metern pro Sekunde programmiert. Bei einem Drittel der Wiener Anlagen laufen bereits die neuen Programme. Bis 1989 werden alle Ampeln umgestellt sein. Bei Altersheimen, Krankenhäusern und Schulen werden nach Möglichkeit bereits jetzt Geschwindigkeiten von nur 1 Meter pro Sekunde angenommen.

Da die Grünphase für die Fußgänger in Wien im allgemeinen zwischen 10 und 30 Sekunden beträgt (dazu kommt noch die "Räumzeit", während der die Fußgängerampel zwar bereits "Rot" zeigt, der Querverkehr aber noch nicht fahren darf), ist die erforderliche Gehgeschwindigkeit für Fußgänger, die die Fahrbahn bei Grünbeginn betreten, tatsächlich aber weit geringer. Im Durchschnitt beträgt sie ungefähr 0,6 bis 0,8 Meter pro Sekunde. (Forts.) sc/ap

## Wien sorgt für die Sicherheit der Fußgänger (3)

=++++

9 Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Abschließend wies Stadtrat Rautner darauf hin, daß in Wien die Verkehrsunfälle mit Personenschaden nun im "Verkehrssicherheitscomputer" gespeichert werden. Dadurch ist es zum Beispiel möglich, nach einem Fußgängerunfall sofort festzustellen, ob sich am Unfallort schon andere Unfälle mit Fußgängern ereignet haben. Man kann dann rasch geeignete Maßnahmen zum Schutz der Fußgänger ergreifen. Außerdem wird nun das Straßennetz systematisch auf Gefahrenstellen überprüft.

"Allerdings", so Rautner wörtlich, "kann der Stadtverkehr immer nur einen Kompromiß zwischen den Interessen aller Verkehrsteilnehmer darstellen. Man kann nicht alles durch Vorschriften regeln. Es müssen schon auch die Verkehrsteilnehmer etwas zur Verkehrssicherheit beitragen und mehr Rücksicht aufeinander nehmen."  
(Schluß) sc/gg

Festakt: Fünf Jahre Psychosoziale Dienste  
Utl.: Schaffung eines Medien-Förderungspreises

=++++

10 #Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Die Schaffung eines eigenen Förderungspreises für Beiträge über psychisch Kranke in den Medien, die dazu beitragen, deren Bild in der Öffentlichkeit zu verbessern, kündigte Donnerstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Rahmen eines Festaktes anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Psychosozialen Dienstes an. Der mit 25.000 Schilling jährlich dotierte "Michael-Viszanik-Preis" wird gemeinsam mit der Zentralsparkasse und Kommerzbank vergeben werden. #

Michael Viszanik war jener Mann, der im Jahre 1839 die Patienten des "Narrenturmes" in Wien von ihren Ketten befreit hat. Die "modernen Ketten" unserer Zeit bestehen, wie der Bürgermeister erklärte, nicht zuletzt sehr oft aus Vorurteilen auf Grund unzureichender und unrichtiger Informationen. Der neue Preis soll daher Anregung und Unterstützung für verständnisvolle Beiträge in den Medien sein und damit mithelfen, das Bild des psychisch Kranken in der Öffentlichkeit zu verbessern; betonte der Bürgermeister.

Zwtl.: Fünf Jahre erfolgreiche Tätigkeit

Im Rahmen seiner Festansprache unterstrich der Bürgermeister die fünfjährige erfolgreiche Tätigkeit des Psychosozialen Dienstes und sprach in diesem Zusammenhang den Bediensteten dieser Einrichtung namens der Stadt und ihrer Bürger Dank und Anerkennung aus.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gab einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung der Behandlung von psychisch Kranken in Wien, wobei er im besonderen auf die nunmehr durch die Einrichtungen des Psychosozialen Dienstes bestehende, flächendeckende Gesamtversorgung außerhalb der Psychiatrischen Krankenanstalten hinwies. (Schluß) zi/ko

NNNN

öVP fordert maximale Filteranlagen für Dürnröhr und Wien

=++++

11 Wien, 10.1. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) In einer gemeinsamen Pressekonferenz sprachen sich am Donnerstag der niederösterreichische Landeshauptmann Siegfried LUDWIG und der Wiener Vizebürgermeister Erhard BUSEK für eine maximale Entschwefelung von Dürnröhr und analog dazu auch der Wiener Kraftwerke aus. Ludwig betonte, daß für den NEWAG-Block in Dürnröhr die 100prozentige Rauchgaserfassung und die 90prozentige Entschwefelung vorgesehen sei. Er als Landeshauptmann erwarte, daß auch der Verbund-Block dieses Kraftwerkes nach dieser Regelung in Betrieb gehe.

Vizebürgermeister Busek urgierte Rauchgasreinigungsanlagen für die Wiener Müllverbrennungsanlagen Spittelau und Flötzersteig sowie für die Wiener Kraftwerke. Zur geplanten Strompreiserhöhung forderte Busek eine Senkung der Mehrwertsteuer für Strom auf 13 Prozent, da die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung nicht für Umweltschutzmaßnahmen sondern zur Budgetsanierung verwendet werden. Außerdem führe die vorgeschlagene, prozentuelle Erhöhung des Strompreises beim gegenwärtigen West-Ost-Energiepreisgefälle zu einer weiteren Wettbewerbsverschlechterung der östlichen Bundesländer. (Schluß) fk/gg

NNNN

## Diskussion um Kraftwerksfilter (1)

=++++

12 Wien, 10.1. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Zum Vorwurf von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, der Umweltexperte des Bürgermeisters könne in der Bundesrepublik gar kein Kraftwerk mit NOX-Emissionen von 100 Milligramm pro Kubikmeter gesehen haben, weil es keines gebe, stellte der international anerkannte Experte DDr. Wolfgang STRUNZ gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest: "Bei meinem Besuch bei der Bergbauforschung in Essen vor Weihnachten konnte ich feststellen, daß nach dem Bergbauforschung-UHDE-Verfahren ein Abscheiden des SO<sub>2</sub> von 97 Prozent und des NOX von 95 Prozent möglich ist. Darüber hinaus haben mir die dortigen Experten glaubhaft versichert, daß je nach Länge des Katalysatorenbettes daher ein Denoxierungsgrad von unter 100 Milligramm erreichbar ist. Ein derartiges Kraftwerk in Japan ist bereits in Betrieb, eines in Arzberg in Oberfranken in Bau."

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK erklärte dazu, er verstehe Vizebürgermeister Dr. Busek nicht, wenn er den Worten von DDr. Strunz, der schließlich 25 Jahre lang Experte und Umweltsprecher der Wiener Volkspartei gewesen ist, nun keinen Glauben mehr schenke. (Forts.) rö/ap

NNNN

## Diskussion um Kraftwerksfilter (2)

Utl.: Braun: in Wien steht immerhin kein Kohlekraftwerk -  
Programm zur Schadstoffverringerung wird durchgeführt

=++++

13 Wien, 10.1. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) "Bei allen Diskussionen um die Schadstoffemission aus Kraftwerken muß auch deutlich festgestellt werden, daß die Wiener Kraftwerke im Gegensatz zu Dürnröhr keine Kohlekraftwerke sind. Ebenso darf nicht darauf vergessen werden, daß es sich bei Dürnröhr um ein völlig neues Kraftwerk, das erst mit einem Block heuer in Probetrieb gehen sollte, bei den Wiener Anlagen dagegen um ältere Werke handelt. Den niederösterreichischen Landeshauptmann Siegfried LUDWIG und den Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK aber möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Wiener Müllverbrennungsanlagen ebenso wie die EBS sehr wohl moderne Rauchgaswäschen erhalten, und ein umfangreiches Programm zur Schadstoffreduktion aus den Kraftwerken für eine weitere Verbesserung der Luftqualität in Wien sorgt. Unverantwortlich ist nicht die Wiener Vorgangsweise, sondern allein die Tatsache, daß Wien aus Dürnröhr nun zusätzliche, vermeidbare Belastungen erhalten soll." Das betonte der Wiener Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu einer ÖVP-Pressekonferenz.

Wie Braun außerdem sagte, wisse Ludwigs Vize Erwin PRÖLL offensichtlich ganz genau, warum er nicht an der heutigen Pressekonferenz seines Landeshauptmanns und des Wiener Vizebürgermeisters teilgenommen hat. Im Gegensatz zu den beiden anderen Politikern scheint Pröll nämlich die Umweltbelastung, die von Dürnröhr ausgehen kann, sehr wohl bewußt zu sein - immerhin hat er, wie der Kurier vom 8. Jänner 1985 berichtet, den Probetrieb ohne DeNOx-Anlage untersagt. Was aber die Überlegung der Wiener Volkspartei betrifft, ob Anlagen wie Müllverbrennung oder EBS überhaupt in Ballungsräumen betrieben werden sollen, möge die ÖVP doch vorher erst einmal ihre Überlegungen zu Alternativstandorten auf den Tisch legen. Es sei nämlich klar, daß Wien sowohl die Müllverbrennungsanlagen wie auch die Entsorgungsbetriebe Simmering als bislang einzige Sondermüllverbrennung Österreichs benötigt, sagte Braun. (Forts.) hs/ko

Diskussion um Kraftwerksfilter (3)

Utl.: Hatzl: Busek ignoriert Wiener Luftverbesserungsprogramm

=++++

14 Wien, 10.1. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Die Wiener ÖVP scheine das großangelegte Luftverbesserungsprogramm der Wiener E-Werke nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, sagte Energiestadtrat Johann HATZL. Bekanntlich konnten die SO<sub>2</sub>-Emissionen aller Kraftwerke der Wiener E-Werke, die 1980 noch rund 26.000 Tonnen betrug, bis 1984 bereits um 65 Prozent gesenkt werden, auf 9.000 Tonnen. Heuer, 1985, wird diese Senkung bereits 73 Prozent betragen, das heißt, beide Wiener Kraftwerke werden zusammen weniger als 7.000 Tonnen SO<sub>2</sub> emittieren. Im Jahr 1992 wird der Wert bei zehn Prozent des Ausgangswertes von 1980 liegen.

Die Polemik Buseks sei daran erkenntlich, daß er als Vergleichswert nicht den von 1980 nehme, sondern den weitaus niedrigeren von 1974, wodurch der Anschein einer Steigerung gegeben sei, obwohl in Wirklichkeit die Emissionen innerhalb von fünf Jahren um drei Viertel gesenkt wurden, sagte Hatzl. Abgesehen davon sei der Wert von 16.200 Tonnen für das Jahr 1983 im Kraftwerk Simmering schlicht und einfach falsch, sagte Hatzl. 1983 waren die Emissionen bereits wesentlich gesenkt und betrug nur mehr 10.500 Tonnen SO<sub>2</sub> in Simmering.

Mit seiner Forderung nach einer "Handlungsphase" sei Busek seiner Zeit damit um gute fünf Jahre hintennach, schloß Hatzl. Seit damals verbessere sich die Wiener Luft schon Jahr für Jahr. (Schluß)  
roh/ap

NNNN